

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 692

Mittwoch, 13. November 2019

26. Jahrgang

Der Ausnahmezustand in der Tourismusregion Izabal.....	1
Staatsanwalt Schaad, zuständig für illegale Wahlkampffinanzierung, verlässt Job und Land.....	3
Baldizón verliert zweiundzwanzig seiner Immobilien.....	3
Neues Gerichtsverfahren wegen Genozid an Ixil.....	3
Neuer 'alter' Betrugsfall mit den üblichen Verdächtigen, auch aus dem Kongress.....	4
Zur Befragung des Ombudsmanns für Menschenrechte im Kongress.....	4
Deutscher Tourist, der sich zwischen Fuego und Acatenango verirrt hatte, wurde gefunden.....	6

Der Ausnahmezustand in der Tourismusregion Izabal

Noch gilt der Ausnahmezustand in einigen Teil Guatemalas, insbesondere dort, wo es die virulentesten Konflikte um Land und Grossprojekte gibt. Dazu gehört – wie schon öfter berichtet – auch Izabal, dort geschah der Anlass für den Ausnahmezustand, der Mord an drei jungen Soldaten. Unsere AbonnentInnen Brigitte und Georg Schubert haben uns eine E-Mail einer guatemalteckisch-amerikanischen Freundin überlassen, die ein Hostel in der Region betreibt. Diese hat auf einige Artikel in Prensa Libre verwiesen, in denen die negativen Folgen des Ausnahmezustandes für die Tourismusregion beschrieben werden. Folgen, die auch die Besitzerin des Hostels beunruhigen.

Sie hat zugleich die (wirtschafts-)politische Priorität dieser Regierung (und der vorausgegangenen Regierungen) offengelegt: Der Bergbau ist im Zweifel wichtiger als der Tourismus und noch wichtiger als alternative Wirtschaftsprojekte der indigenen Bevölkerung. Im Folgenden werden einige ihrer Aussagen und Beobachtungen in Artikel aus Prensa Libre eingebettet, um ein Gesamtbild über die Folgen des Ausnahmezustandes in Izabal jenseits der Kämpfe um indigene Territorien zu erhalten.

„Wenn weiterhin niemand kommt, muss ich meine Beschäftigten entlassen“, sagt Daphne Becker, Besitzerin eines Hostels in Río Dulce. Dass sie nicht kommen, liegt vor allem am Ausnahmezustand, der seit dem 4. September auch in fünf Landkreisen in Izabal herrscht. Izabal ist eine Region, die zu den TOP-10 touristischer Ziele in Guatemala gehört. Zu Ostern 2019 belegte es Platz sieben, während der Feiertage im Juni Platz sechs und allgemein auf Platz neun. In Livingston und im benachbarten Río Dulce gibt es mehr als 200 Hotels, 125 Restaurants, 20 Reisebüros, 80 Kunsthandwerksläden und weitere Dienstleistungen, die die Gemeinden anbieten.

Verluste

Daphne Becker ist nicht die einzige, die über Verluste klagt. Laut der Tourismusbehörde INGUAT liegen die Verluste bei den Hotels zwischen eineinhalb Millionen und fünf Millionen Quetzales (zwischen 172.500 und 575.000 €), weil sieben von zehn TouristInnen ihre Buchungen dort storniert haben. Gustavo Mejía, Mitglied der Gesellschaft Agua Caliente, ein Tourismusort unmittelbar am Río Dulce, zeigte sich besorgt über den Rückgang der Zahlen der TouristInnen: Es seien in der vergangenen Woche nur zwei Besuchergruppen gekommen. Normal seien 30. „So niedrige Buchungszahlen hatten wir noch nie. Es gibt hier viele, die auf diese Einnahmen angewiesen sind.“

Jorge Sánchez besitzt einen Kunsthandwerksladen. Er musste ihn um 19 Uhr schliessen, weil niemand kam. Normalerweise hat er bis Mitternacht auf, weil die TouristInnen gerade abends dort verweilten. Er habe die Strassen noch nie so leer erlebt. Sonst sei der Zustrom der BesucherInnen selbst im kühlen September konstant. Einer Handelskette geht es ähnlich.

Carlos Benítez, ein Taxifahrer, meint zwar, dass der Ausnahmezustand für mehr Sicherheit sorgen könne, aber er fordert von der Regierung neue Strategien, um den Tourismus wieder anzukurbeln, da viele Arbeitsplätze in Gefahr seien. Denn die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen gehen weit über den reinen touristischen Bereich hinaus. Auch die Warenströme in die Region gehen zurück. Zu den Restriktionen durch den Ausnahmezustand kommen Baustellen, z.B. zwischen Sanarate und El Rancho oder zwischen dem Zollposten Pedro de Alvarado bis zur Puente Arce. All dies führt dazu, dass die ohnehin beschwerliche Fahrt noch drei oder vier Stunden länger dauert als üblich. So sagt es der Direktor der Zentralamerikanischen Vereinigung des Transportwesens (Fecatrans), Héctor Fajardo.

Regierung: Der Bergbau scheint ihr wichtiger zu sein als der Tourismus und nachhaltige Wirtschaft

Daphne Becker beobachtete in Rio Dulce den Bau eines Supermarktes abseits des alltäglichen Geschehens. Was soll das, fragt sie sich? Und ihr fällt auf, dass die Strasse, die als Zugang zu dem Supermarkt legitimiert werden soll, in Wahrheit dem Abtransport der im Bergbau produzierten Güter dienen soll. Während der Tourismus vom Ausnahmezustand behindert wird, hindert niemand den vom Verfassungsgericht als illegal eingestuftem Abtransport der Metalle aus der umkämpften Region El Estor. Sind die Beziehungen zwischen Politik und Bergbauunternehmen so eng, dass die industrielle Entwicklung zum Vorteil weniger wichtiger ist als eine nachhaltige Entwicklung zum Vorteil vieler?

Diskussion über den Ausnahmezustand

Lesbia Martínez, eine Bewohnerin von Puerto Barrios, findet die Massnahmen „ein bisschen extrem“, aber ihr sei es wichtig, dass die Unternehmen auf Schutzbestimmungen für ihre Angestellten zählen können, „Ich muss schauen, wann ich Zeit zum Einkaufen finde, denn ich muss bis 17 Uhr arbeiten und da haben viele Läden schon zu“, sagt sie. Oswaldo Calderón, ein anderer Direktor der Handelskammer von Livingston, sagte, dass der Ausnahmezustand zwar für die Sicherheit gut sein möge, aber den Tourismussektor beachtlich beeinträchtigt, da die meisten der betroffenen Departements und Landkreise national wie international touristisch attraktiv sind und die Leute bei solchen Vorkommnissen weg bleiben.“

Die Zeit drängt: Das letzte Quartal gehört zur Hauptsaison im Tourismus

Der Präsident der Tourismuskammer in der Region fordert von der Regierung, dass sie die Situation klärt und dafür sorgt, dass die Folgen „nicht zu negativ werden“, denn viele Gemeinden sind abhängig von den Einnahmen aus dem Tourismus. Eine andere Forderung ist die nach einem adäquaten Management, weil im Moment das Gegenteil geschehe und die Touristen, die die Gemeinden für November und Dezember erwarten, verschreckt würden. Zudem beginnt im Oktober die Zeit der Kreuzfahrtschiffe und wo die Gemeinden jene TouristInnen erwarten, die über diesen Weg ins Land kommen. Die Kreuzfahrtpassagiere besuchen die Restaurants und kaufen Kunsthandwerkprodukte, durchschnittlich pro Person und Tag für 50 bis 125 US-Dollar.

Der Welttag des Tourismus im Schatten des Ausnahmezustandes

Die LeiterInnen der Tourismusbehörde (INGUAT) hoffen, dass der Tourismus in Izabal, dem Departement, in dem seit 4. September der Ausnahmezustand besteht, bald wieder in normalen Bahnen verläuft. Allerdings hat die Regierung (Anfang Oktober, d. Red.) den Ausnahmezustand um weitere 30 Tage in den 22 Landkreisen verlängert. Um Strategien zu fördern, um die Gäste wieder zurückzuholen, müssten nach Ansicht von Jorge Mario Chajón, Direktor der INGUAT, kurzfristige Aktionen durchgeführt werden, die die touristischen Zentren in Izabal attraktiv machen. Der Funktionär traf sich mit UnternehmerInnen, ReiseveranstalterInnen, und Mitgliedern des Komitees für Touristische Selbstverwaltung (CAT), um gemeinsam eine solche regionale Strategie zu entwickeln. Dafür wurde der Hashtag #Izabalteespera (Izabal erwartet sich) geschaffen. Ausserdem will Chajón einflussreiche Gruppen, Medienleute und Persönlichkeiten an die attraktivsten Orte an der grüne Karibikküste bringen, damit diese dann MultiplikatorInnen der Orte seien, die sichere Gegenden für TouristInnen sind. Der INGUAT-Direktor fügte auch an, dass Hotels, Restaurants und Transportunternehmen Angebote schalten werden, um BesucherInnen anzulocken und in einer gemeinsamen Anstrengung zwischen Tourismus und Lokalverwaltung für längere Aufenthalte zu sorgen. „Die Ferien am 20. Oktober sind eine gute Gelegenheit für einheimische TouristInnen Izabal zu besuchen, in dem einzigen Departement, in dem es die Garifuna-Kultur gibt und eine Vereinigung von karibischer und Maya-Kultur“. Unter dem Slogan „Tourismus und Arbeit – für eine bessere Zukunft für alle“ traf sich der nationale Industrieverband am 27. September zum Internationalen Tag des Tourismus, jenem Sektor, der 10 % der Arbeitsplätze weltweit schafft. „So häufig wird die Rolle des Tourismus bei der direkten oder indirekten Schaffung von Arbeitsplätzen in Guatemala und weltweit unterschätzt“, sagt Chajón. „Mit dieser Feier versuchen wir auf nationaler Ebene ein Bewusstsein über den sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Wert des Tourismus zu schaffen und zugleich darüber zu diskutieren, wie die Ziele der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden können“, schliesst der Funktionär.

Beiträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Die UN-Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass jeder zehnte Arbeitsplatz weltweit am Tourismus hängt und dass jeder Einzelne von ihnen weitere Beschäftigung bringt. Der Weltrat für Reisen und Tourismus schätzt, dass er in Guatemala im vergangenen Jahr 173.470 direkte Arbeitsplätze geschaffen hat, inklusive den indirekten spricht der Rat von insgesamt 483.488. Laut INGUAT werden 85% dieser Arbeitsplätze in Kleinst-, Kleinen und Mittleren Unternehmen generiert. Von den Beschäftigten sind 55 % Männer und 45 % Frauen. Laut Welttourismusrat entsprechen die direkten Arbeitsplätze im Tourismus 2,6 % aller Arbeitsplätze, mit den indirekten liegt der Wert dann bei 7,2 %. „Der Tourismus hat ein grosses Potenzial, Beschäftigung zu schaffen, und seine Wachstumsraten sind höher als in der übrigen Wirtschaft, sodass dieser Sektor auch einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten könnte. Es hat sich gezeigt, dass der Tourismus die soziale Inklusion fördert und Anreize bietet, um die natürlichen und kulturellen Ressourcen zu schützen. Da stehen wir alle in der Verantwortung“, meint Luis Rey, Präsident von CAMTUR.

Alternativen

Francisco Marcial von der Garífuna-Vereinigung Ahari ist der Ansicht, dass die Aktivitäten zum baldigen Tag der Garífuna die Region attraktiver macht und er hofft, dass die Regierungsaktivitäten diese nicht begrenzen werden und dass INGUAT etwas gegen die Beschränkungen tut. "Die Forderungen liegen auf dem Tisch und sie müssen umgesetzt werden, damit die BesucherInnen wiederkommen. Denn der Rückgang, den der Ausnahmezustand gebracht hat, war substantiell und hat gerade die einfachen Leute getroffen". Man denke an die Fischerei und Krabbenzucht, die wichtige andere Wirtschaftszweige vor Ort sind. Aber die Ankunft von Gästen ist die beständigste Einkommensquelle. (Prensa Libre)

Daphne Becker nennt auf ihrer Homepage (www.tortugal.com) eine Produktionskooperative der K'ekchi, die von den Gästen ihres Hostels aus besucht werden kann. Sie selbst beschäftigt derzeit 30 indigene Mitarbeiter für ihre Unterkünfte, Kanutouren und Restaurant. Gut behandelt in einer offenen Atmosphäre und angemessen bezahlt.

Wenn die Reiseunternehmen und Hotels nicht nur indigene Beschäftigte – womöglich zu Billiglöhnen – haben, sondern mit den eigenständigen Gemeinden und Kooperativen einen Verbund eingehen, dann könnte ein Tourismus entstehen, der nicht nur wirtschaftlich nachhaltig für die Region ist (und nicht ins Ausland abfließt), sondern auch die Kämpfe um ihr Territorium gegen die Konzerne in der Region unterstützt.

Staatsanwalt Schaad, zuständig für illegale Wahlkampffinanzierung, verlässt Job und Land

Guatemala, 4. November - Óscar Schaad, Staatsanwalt für illegale Wahlkampffinanzierung, blieb bei der Staatsanwaltschaft (MP), um die Zeit zu erfüllen, die er forderte, um er seine Arbeit zu beenden. Nun verliess Schaad das Land, um sich und seine Familie vor den Drohungen zu schützen. Er spielte eine Schlüsselrolle bei den Ermittlungen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung.

Die Gründe für sein Ausscheiden aus der MP könnten noch viel komplexer sein als allgemein geglaubt. Die ehemalige Generalstaatsanwältin, Thelma Aldana, brachte Licht in das Dunkel um die Morddrohungen gegen Schaad. Auf ihrem Twitter-Account sagte Aladana, dass der Komplott, sie zu töten auch "zwei Staatsanwälten" ihres Vertrauens gegolten habe. Der eine könnte Schaad sein, der andere Juan Francisco Sandoval (von der Spezialstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit, FECI). Dieses Komplott wurde von dem ex-Präsidentschaftskandidaten Mario Estrada geplant und mutmasslich Drogenkartellen. Es gibt Telefonmitschnitte, die diese Pläne nahelegen. Estrada hat sich schuldig erklärt bei Delikten des Drogenhandels und das bietet die Möglichkeit, mehr Details darüber zu erfahren, wie sie diese missglückte Grosstat geplant haben. Der Rücktritt von Schaad legt jedoch ein weiteres, nicht weniger wichtiges Detail frei: die mangelnde Aufmerksamkeit der Obersten Staatsanwältin, Consuelo Porras, gegenüber den Klagen über Morddrohungen. (Nómada)

Baldizón verliert zweiundzwanzig seiner Immobilien

Guatemala, 4. November - Manuel Baldizón, der Kazike des Petén und fast Präsident von Guatemala, büsst einiges an seinem Immobilienbesitz ein. In den USA, wo er sich aufhält, läuft ein Verfahren wegen Geldwäsche gegen ihn. Nun hat das Gericht zur Einziehung von Vermögenswerten 32 seiner Immobilien konfisziert, 22 davon im Petén, neun in der Hauptstadt und eine in Antigua.

Die Verteidigungsstrategie wird vermutlich der von Mario Estrada [*s.o., d.Red.*] ähneln, d.h. Baldizón wird sich schuldig bekennen, um so das Strafmass reduzieren zu können. Inzwischen ist er gegen Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 1 Million Dollar frei. Seine Familie hat bereits 5 % (50.000 Dollar) bezahlt und wartet nur noch auf die Urteilsverkündung. (Nómada)

Neues Gerichtsverfahren wegen Genozid an Ixil

Guatemala, 4. November – Der erste Prozesstag im dritten Prozess wegen des Genozids an dem Volk der Ixil wird am 4. November beginnen. Dabei wird Gerechtigkeit gesucht für die 1.700 Opfer in Nebaj, Cotzal und Chajul, Quiché in den 1980er Jahren.

Ein älterer grauhaariger Herr mit rundem Gesicht und altertümlicher Brille wartet mit gesenktem Kopf. Er wartet auf den Beginn der Anhörung, in der er angeklagt ist, während der Präsidentschaft von Romero Lucas García Anfang der 1980er Jahre dem hohen Militär Benedicto Lucas García die Informationen geliefert zu haben, um eine Operation gegen das Volk der Ixil zu entwickeln. Es handelt sich um César Octavio Noguera Argueta, dem damaligen Chef des Generalstabs. Der Prozess gegen ihn wegen Genozid wurde zweimal verschoben, da seine Anwälte bei den Anhörungen nicht erschienen waren. Neben Noguera Argueta werden in dem Prozess auch Benedicto Lucas García und Manuel Callejas y Callejas angeklagt, beide wurden bereits im Fall Molina Theissen schuldig gesprochen. Nun beginnt der Prozess also am 4. November. Die Verbrechen, um die es geht, passierten zwischen 1978 und 1982. Die Staatsanwaltschaft für Men-

schenrechtsfragen und die Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung (AJR) versuchen eine Verurteilung zu erreichen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid und Verschwindenlassen.

Die Opfer

Es sind nun 30 Jahre vergangen, seit die Opfer und ihre Familien, die im Bürgerkrieg gelitten haben, auf einen Prozess warten, der versucht Gerechtigkeit zu finden für die Entführungen, Morde und Vergewaltigungen durch die Armee zu Beginn der 1980er Jahre.

Laut dem Menschenrechtsbüro des Erzbistums von Guatemala-Stadt (ODHAG) sind allein in Bezug auf diesen Prozess 1.731 Opfer dokumentiert, allerdings muss hervorgehoben werden, dass es noch mindestens die gleiche Zahl an Opfern gibt, deren Fälle nicht dokumentiert werden konnten. Zu den von dem ODHAG dokumentierten Fälle gehören 42 Fälle von Vergewaltigungen von Ixil-Frauen, 81 Opfer von Verschwindenlassen und 404 Opfer von Massakern von selektivem Charakter, d.h. dass die Opfer anhand der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe und Gemeinschaft ausgesucht wurden. Ein anderer Befund, den das Menschenrechtsbüro gefunden hat, ist die hohe Prozentzahl von Kindern zwischen 0 und 12 Jahren, deren Gebeine gefunden wurde, was zeigt, dass es sich nicht um die Guerilla handelte, sondern gegen eine indigene Gemeinschaft mit dem Ziel, diese auszulöschen.

Die beiden ersten Genozid-Fälle

Die Justiz hat bisher in zwei Fällen festgestellt, dass es in Guatemala einen Genozid gegeben hat. Beim ersten Mal wurde der Diktator Efraín Ríos Montt 2013 verurteilt. Das zweite Mal war am 27. September 2018, allerdings konnte dem einzigen lebenden Angeklagten keine Schuld am Massaker gegen das Volk der Ixil nachgewiesen werden.

Das Gericht sprach sie also frei, weil festgestellt wurde, dass die Verantwortlichen tot sind. In Guatemala gab es einen Genozid, aber niemand musste dafür bezahlen.

Dieser Prozess könnte ein Präzedenzfall in der Justizgeschichte Guatemalas werden, falls drei der fünf hochrangigsten in diese Fälle verwickelten Personen verurteilt werden würden.

Eine ausführlichere Darstellung des Komplexes findet sich in spanischer Sprache [hier](#). (Nómada)

Neuer 'alter' Betrugsfall mit den üblichen Verdächtigen, auch aus dem Kongress

Guatemala, 31. Oktober – Die Spezialstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit (FECI) hat fünf Personen im Zusammenhang mit der Unterschlagung von insgesamt 26 Millionen Quetzales (etwa 3 Mio. €) der Banco de los Trabajadores angeklagt.

Die Ermittlungen zeigten, dass ein Teil dieses Geldes an die Firma ARCA geflossen ist, die mit Mario Leal Castillo verbunden ist (Unternehmer und Politiker, 2015 Vizepräsidentenskandidat der UNE, der wegen Korruption in den USA in Haft sitzt, d.Red.) und ein anderer Teil an das Unternehmen ASA mit Verbindungen zu dem Ex-Verkehrsminister Alejandro Sinibaldi, der aktuell flüchtig ist. Das Geld diente zur Zahlung der Wahlkampagne für die Patriotische Partei (PP) 2011. Nach den Finanzermittlungen der FECI hinterlegte ARCA 525.000 Quetzales (etwa 60.400 €) bei der Scheinfirma Avanzando al Progreso S.A, damit diese die Werbeausgaben für die PP zahlte. Das Geld wurde auch für Zahlungen an zwei Politiker genutzt, die aktuell im Kongress sitzen.

Daher hat die MP die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten Haroldo Eric Quej Chen und Ernesto Estuardo Galdámez Juárez gefordert. Der zuletzt Genannte war Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei FCN. Nach geltendem Recht darf eine Bank keine politischen Kampagnen finanzieren. Insgesamt wurden fünf Personen verhaftet und 13 weitere wurden zu ersten Aussagen vorgeladen. (Nómada)

Zur Befragung des Ombudsmanns für Menschenrechte im Kongress

Guatemala, 29. Oktober - Eine Gruppe von Abgeordneten will den Ombudsmann für Menschenrechte Jordán Rodas des Amtes entheben und verkündete, dass sie ihn anklagen würden. Aber die Abgeordneten brauchten Argumente für seine Entlassung und eine davon borgten sie sich von der Landwirtschaftskammer.

“Macht ihm den Weg frei! Ich werde den Ombudsmann verteidigen. Geh voran, Ombudsmann! Hier ist dein Volk.“ Mit diesen Worten sprach eine Frau Rodas Mut zu, als dieser stark bedrängt den Häuserblock durchquerte, der zum Kongress führte. Es war 9 Uhr morgens und auf Twitter wurde der Hashtag verbreitet #JordánIstNichtAllein.

Am Dienstagmorgen, am 29. Oktober, baten die Damen und Herren der Legislative die Polizei, dass sie einen Kreis um den Kongress bilden sollte. Das führte zu einem Verkehrschaos, hinderte jedoch die Vereinigung der Universitätsstudierenden Oliverio Castañeda de León (AEU) und 'Die Batucada des Volkes' nicht daran, mit Transparenten und Slogans den Ombudsmann zu unterstützen. Als Rodas die Schwelle in den Kongress überschritt, betrat er ein Minenfeld, das von Abgeordneten und Anti-CICIG-AktivistInnen ausgelegt wurde, die das Ende der CICIG anstießen und die Ermittlungen, an denen die FECI arbeitet, beenden wollen. Draussen waren es Rufe der Unterstützung, drinnen die der Ablehnung.

Guatemala Inmortal, eine reaktionäre und rechtsextreme Gruppe und verwandte Gruppierungen standen früh auf und besetzten alle Sitze, die im Salón Larrazábal für die Öffentlichkeit bestimmt waren, also dort, wo der Menschenrechtsausschuss des Kongresses Rodas vorlud, um ihn fünf Fragen zu stellen, mit denen der Abgeordnete Juan Manuel Jordano seine Forderung nach Entlassung des Ombudsmanns begründete.

„Wird es heute so kommen, dass wir diesen Zwerg absägen? Ich komme mit zwei oder drei Messern“, sagt ein älterer Herr in der Gruppe der Mitglieder Guatemala Inmortal. - „Die da draussen machen zwar Lärm, aber es sind nur wenige“, antwortet ein anderer.

Der Raum ist gefüllt mit Personen wie Betty Marroquín, die Kandidatin für das VizepräsidentInnenamt der FCN von Jimmy Morales, die in den USA Lobbyarbeit gegen die CICIG gemacht hat. Gesichtet wurden auch Giovanni Fratti, einer der Anführer von Guatemala Inmortal; Rodrigo Polo, ein Youtuber, der Dutzende Videos drehte, in denen er CICIG und deren Unterstützer angriff, und Tilly Bickford, die für die Partido Unionista für den Kongress kandidierte und eine der führenden Köpfe von Guatemala Inmortal und ähnlichen Gruppen ist.

Obwohl einige UnterstützerInnen von Rodas versuchten, in den Kongress zu gelangen, hinderten Mitglieder des Sicherheitsdienstes sie daran. Der Ombudsmann lehnte das ab, während der Kongresspräsident, Alvaro Arzú Escobar, die DemonstrantInnen Kriminelle nannte.

Abgeordnete und GrossunternehmerInnen

Aníbal Rojas, der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, ist einer der führenden Köpfe von jenen Abgeordneten, die versuchen Jordán Rodas zu entlassen, verlas ein Dokument, in dem Gründe für dieses Ansinnen standen.

Der erste Grund war, dass er das Recht auf Eigentum nicht verteidigen würde. Und zwar besonders in den Konfliktgebieten im Valle del Polochic an der Grenze zwischen Alta Verapaz und Izabal.

„Kürzlich wurden die Probleme in Valle del Polochic und Río Dulce bekannt, die Region der Landkreise Tactic, Tamahú, Tukurú, Senahú, La Tinta und Panzós und in den gesamten Departamentos von Alta Verapaz und Baja Verapaz und die Landkreise El Estor und Livingston, Departamento Izabal. In den letzten zehn Jahren haben dort die Konflikte zugenommen, weil die Bevölkerung von Organisationen manipuliert worden sind, die sich nicht an die Verfassungsdienste halten und Invasionen und Besetzungen von Ländereien verursachten und damit das Recht anderer BürgerInnen verletzen. Aus diesen Geschehnissen leiteten sich einige Aufrufe an die PDH ab, dort einzugreifen (...), aber es gab dort keine Präsenz und keine Verurteilung“ sagte Aníbal Rojas. Als einen der Fälle von besetzten Ländereien erwähnte Rojas die Finca Tzinté und er las aus unserem Dokument, dass „diese Leute die Kautschukwälder und die natürlichen Wälder dort zerstörten“. Er fügte den Fall des Unternehmens Chabil Utzaj hinzu, „das sich gezwungen sah, seine Operationen zu schliessen, was zu Verlusten und negativen Auswirkungen für die Wirtschaft und für die Bevölkerung führte, da mehr als 3.900 Arbeitsplätze verloren gingen“.

Einige dieser Berichte waren Ausschnitte aus einer Anzeige, die der Präsident der Landwirtschaftskammer, Niels Lepowski, am 29. November 2017 gegenüber der PDH vorstellte. Darin führten sie Klage über die konfliktreiche Situation in den Regionen. Dort könne die Agrarindustrie „nicht normal arbeiten oder muss sogar Teile seiner Operationen beenden“, weil dort systematisch die Menschenrechte auf Privateigentum verletzt werden. Lepowski zitierte als sinnbildliche Fälle Chabil Utzaj, die Fincas Tzinté, Murciélago, Santa Rosa, Las Dantas und Sepur las Minas.

Es ist nicht das erste Mal, dass im Kongress über diese Region aus einem Blickwinkel geredet wird, die die Gemeinden kriminalisiert. Zwischen September und Oktober wurden die Abgeordneten von den Grossunternehmen der Zone dahingehend beraten, dass sie den Ausnahmezustand verhängen sollten, eine Massnahme, die durchgesetzt wurde, um den Mord an drei Militärangehörige zu untersuchen, nun aber genutzt wird, um Gemeindeorganisationen in allen konfliktreichen Gebieten um Konzerngrossprojekte auszuschalten.

Das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte der UN (OACNUDH) hat eine Studie über die Landproblematik im Valle del Polochic veröffentlicht und kommt darin zu dem Schluss, dass die K'ekchi-Bevölkerung dort fortwährend von ihrem Land vertrieben wurde – beginnend in der Kolonialzeit, als deren Land im Namen der spanischen Krone eingetragen wurden bis zu den verschiedenen geschichtlichen Prozessen, wo deren Land nach Vertreibungen und jenseits der gesetzlichen Bestimmungen auf den Namen von Grossgrundbesitzern eingetragen wurden.

Schokolade, Die Mächtige Vulva und die Studierenden

Sechs von dreizehn Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses kritisierten Jordán Rodas dafür, dass er nicht die AEU verurteilte, als sie Universitätsgebäude der Universität San Carlos (USAC) aus Protest gegen die Geschäftsführung des Rektors Murphy Paiz besetzten. Paiz hatte im Jahr zuvor sein Amt angetreten und Massnahmen ergriffen, die den öffentlichen Charakter der Höheren Bildung zu beeinträchtigen drohten. Die CICIG ermittelte, dass dieser während seiner Amtszeit als Dekan der Ingenieurs-Fakultät von 2005 bis 2015 62 Verträge für Infrastrukturprojekte abschloss, die jedoch gar nicht ausgeführt bzw. über die keinerlei Informationen gefunden wurden oder in denen es zu Unregelmässigkeiten gekommen ist.

Rodas wurde auch kritisiert, weil er einen juristischen Einspruch gegen die von Präsident Jimmy Morales betriebene Ausweisung des schwedischen Botschafters Anders Kompass einlegte.

Zudem wird ihm vorgeworfen, dass er an dem Marsch der feministischen Gruppe 'Die Mächtige Vulva' teilgenommen hat, die am 8. März 2018 für die Rechte von Frauen auf die Strasse ging. Rodas sagte daraufhin, dass er bei diesem Marsch deshalb gewesen sei, um bei der Suche nach Gerechtigkeit für die Opfer des Feuers in dem Waisenhaus Hogar

Seguro zu helfen. Die Abgeordnete Edna Soto de Kestler ging in ihrer Kritik noch weiter und meinte, dass dieser offensichtlich psychische Probleme habe, da er in "obsessiver Form" Schokolade verschlinge.

Juan Manuel Giordano, der den Kreuzzug gegen Rodas anführt, versicherte, dass er 70 UnterstützerInnen im Kongress zusammen gebracht habe, die versuchten, diesen zu befragen, aber an geänderten Verfahren gescheitert seien.

Abbruch der Befragung

Die Vorladung des Ombudsmanns geriet ins Stocken, weil der Abgeordnete Amílcar Pop sagte, dass Rodas Zeit erhalten müsse, um die Kritikpunkte gegen ihn zu lesen und die Belege dafür zu bekommen, um seine Position den Abgeordneten übermitteln zu können. In Bezug auf die Kritik an fehlenden Interventionen in Fällen der Vertreibungen, sagte Nineth Montenegro von Gemeinsam für Guatemala (EG), dass das Aufgabe des MP sei und nicht die des Ombudsmanns. "Wo war die MP und das gemeinsame Eingreifen mit der Polizei? Wo ist der Nationale Sicherheitsrat?", fragte sie während der Anhörung. Diese war beendet, als Nineth Montenegro die Kommission verliess und damit das notwendige Quorum der Anwesenden unterschritt. Ab diesem Moment verliess auch Rodas das Gebäude und hinterliess überraschte Abgeordnete, die Anklagen forderten und einen Haftbefehl gegen Rodas. (Nómada)

Deutscher Tourist, der sich zwischen Fuego und Acatenango verirrt hatte, wurde gefunden

Chimaltenango, 4. November – Nach vielen Stunden der Suche wurde ein deutscher Tourist lebend geborgen, der sich Ende der letzten Woche verirrt hatte. Der Tourist wurde als der 26-jährige Maximilian Nagl identifiziert, der über eine Facebook-Nachricht an einen Freund um Hilfe gebeten hatte, als er den Weg verlor. Er hatte sich vor drei Tagen in dem Gebiet zwischen den Vulkanen Fuego und Acatenango aufgehalten, wo ihn dann die Rettungskräfte am 4. November am Fusse des Fuegos fanden. Die lokalen Autoritäten und die deutsche Botschaft in Guatemala intensivierten die Suche über Fusswege, aber auch über Hubschrauberflüge über das Gebiet.

Der Tourist erhielt zunächst Erste Hilfe von Seiten eines deutschen Sanitäters und wurde dann zu einem Fussballstadion in San Juan Alotenango gebracht, von wo ein Hubschrauber ihn dann in ein Krankenhaus in der Hauptstadt brachte. "Sie haben gute Arbeit für mich geleistet", sagte der Deutsche, der erklärte, dass der Vorfall geschah, als er versuchte, aus dem Vulkan zu kommen und den richtigen Weg verpasste.

Am Sonntag, den 3. November, erklärte der Vertreter des Rats für Katastrophenhilfe (CONRED), Elvis Morales, dass "die Rettungskräfte einige Stunden in einer Mulde versucht hatten, die Fussspuren des Touristen zu finden", aber zu dem Zeitpunkt ohne Erfolg.

Die Region, in der sich der deutsche Rucksacktourist befand, liegt in einer waldreichen Gegend, charakterisiert durch eine Mulde, die die beiden Vulkane Fuego und Acatenango voneinander trennt. Sie liegt an der Grenze zwischen den Departements Sacatepéquez und Chimaltenango. (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6